

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

18.2.1927 (No. 41)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Vortreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Postfachblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das Programm des Reichsfinanzministers

Die Etatsberatungen im Reichstag, und damit die sachlich-parlamentarische Arbeit nach der Regierungsneubildung, wurden mit einer Rede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler eingeleitet. Diese programmatischen Ausführungen zeigen uns wiederum, wie die verschiedenen Reden des vorigen Reichsfinanzministers, der es für notwendig erklärt hatte, unter Schonung der Steuerkraft hart am Defizit vorbeizukommen, wie angespannt die Finanzlage des Reiches ist. Unter den heutigen Umständen kann die Finanzpolitik des Reiches nicht dauernd in einer einfachen und geraden Linie fortgeführt werden, man wird immer hinzulernen, gemachte Fehler korrigieren und sich der jeweiligen Wirtschaftslage und ihren Erfordernissen anpassen müssen.

Auch der neue Finanzminister, dessen Programm durch Vorsicht und Zurückhaltung gekennzeichnet ist und jede Verschönerung vermeidet, will die vorhandenen Steuerquellen möglichst schonen. Er findet freilich in vielfacher Hinsicht keine günstige Situation vor. An Bar-Reserven fehlt es nahezu, dafür weist das neue Etatsjahr eine Reihe von Ausgaben auf, die nicht vorgesehen sind, wie für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge monatlich ungefähr 40 Millionen, falls bis zum 1. April das Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht in Kraft ist. Auch für die Erhöhung der Löhne und Gehälter, deren Notwendigkeit mit der kommenden Erhöhung der Wohnungsmieten begründet wird, stehen im Etat 1927 noch keinerlei Mittel zur Verfügung. Besondere Sorgen macht dem Minister die Frage, wie und ob die wachsenden, dem ganzen inneren Etat unheilvoll beeinflussenden, Dawesleistungen gedeckt werden können. Neue Steuerlasten müßten trotzdem vermieden, ja es müsse versucht werden, mit Steuererleichterungen fortzufahren. Sparmaßnahmen seien auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung möglich, an und für sich erwünschte Ausgaben müßten zurückgestellt werden. Als einen seiner Programmpunkte kündigte der Minister Vereinfachungen im Vollzug der Steuergesetze bei der Veranlagung und bei den Zahlungsterminen an. Dadurch will er eine volle Auswirkung der bestehenden Steuergesetze herbeiführen und ebenso eine möglichst gerechte Steueranverteilung, die ja auch durch die von Dr. Köhler bereits einmal festgestellte gegenwärtige Arbeitsüberlastung bei den Finanzämtern erschwert wird. Der Reichsfinanzminister hat sich weiter überhaupt für die Vereinfachung der Verwaltung ausgesprochen, die auch die Länder und Gemeinden schneller durchführen müßten. Freilich wird sie — was uns die bisherigen Erfahrungen lehren — zu ihrem Abschluß nicht Monate, sondern wahrscheinlich Jahre brauchen. 11 Milliarden Reichsmark an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben, davon 1,2 Milliarden für die Länder und 2 Milliarden für die Gemeinden soll das deutsche Volk im kommenden Etatsjahr aufbringen, 3,3 Milliarden betragen die äußeren und inneren Kriegslasten. Diese Zahlen allein fordern kategorisch zur Nachprüfung aller Ausgaben auf.

Mit besonderem Interesse sah man der Stellungnahme des Ministers zum Finanzausgleich entgegen. Hier erklärte der Minister jedoch, noch keine endgültigen Vorschläge machen zu können. Dr. Köhler vertrat einen gemäßigt föderalistischen Standpunkt, muß hier allerdings bei den Rechtsparteien der Regierungskoalition infolge des immer ausgesprochenen bei den hinter diesen Parteien stehenden Industriekreisen sich durchsetzenden Unitarismus mit dem Einsetzen starker Widerstände rechnen. Er sprach sich für Aufrechterhaltung der reichseigenen Finanzverwaltung aus, betonte aber, daß die lebensfähigen Länder ein Recht hätten ein Eigenleben zu führen, wie das deutscher Art entspricht. Erst eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft und eine gefestigte private Wirtschaft würden den endgültigen Finanzausgleich ermöglichen. Der Minister bezweifelte es deshalb, ob der endgültige Finanzausgleich schon am 1. April 1928 werden können. Die Vorarbeiten hierzu würden übrigens mit Beschleunigung betrieben. Was den vorläufigen Finanzausgleich angeht, so sprach der Minister dafür, daß die allgemeine Garantiefumme für die Länder erhöht, und daß ihnen erhöhte Überweisungen aus der Umsatzsteuer zu-

gestellt werden. Länder und Gemeinden müßten jedoch instandgesetzt werden, die zum Teil zweifellos überspannten Realsteuern zu senken. Hier handelt es sich um eine der augenblicklich brennendsten Fragen, denn die Steigerung der Gewerbesteuer hat vielfach den Abbau der Umsatzsteuer wettgemacht und lediglich die Abgabenerhebung vom Reich auf die Länder und Gemeinden übertragen, so daß man bereits von einer „kalten Föderalisierung“ sprach, die wegen ihrer Ungeordnetheit den Steuerzahlern wenig willkommen sein kann. Von Bedeutung ist auch Köhlers Erklärung, daß er die Einkommensteuer nicht für geeignet halte, Trägerin der Hauptsteuerlast zu sein, wie sie es im Falle eines Zuschlagsrechtes werden müßte. Als Objekt für Steuererleichterungen nahm Dr. Köhler die Realsteuern, also auch die Gewerbesteuer an, ferner hält er eine Senkung von Verbrauchsabgaben, wie der Zuckersteuer für wünschenswert. Hier und auch sonst zeigte sich die aufs Soziale gerichtete Tendenz der Ausführungen des neuen Reichsfinanzministers.

Wirtschaftliche Umschau

Die fünfprozentige Reichsanleihe hat mit ihrer Überzeichnung — so daß die großen Zeichnungen nur mit 70 Proz. berücksichtigt werden können — einen Erfolg erzielt, der manche lautgewordenen Befürchtungen widerlegt hat. Von den 500 Millionen haben allerdings von vornherein die Reichsbetriebsverwaltungen 200 Millionen übernommen, während außerdem von den Sparkassen usw. große Beträge gezeichnet wurden. Beim breiten Publikum sind Staatspapiere eben immer noch nicht populär, was ein Vergleich mit der viel stärkeren Überzeichnung der großen Industrieanleihen zeigt. Bei all dem ist festzustellen, daß die erste Anleihe des Reichs nach Schaffung der neuen Währung volles Vertrauen gefunden hat, eine Tatsache, welche aufs Neue die Stabilisierung und die Wiederherstellung des Kredits des Reichs beweist. Die Überzeichnung hat auch dem Geldmarkt Erleichterung gebracht, da das Bankensortiment nun nicht einzutreten braucht. Es wird im Gegenteil angenommen, daß die vorerst benötigten Beträge des Anleiheerlöses dem kurzfristigen Geldmarkt zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Ausstattung der Anleihe handelte es sich darum, einerseits auf die finanzielle Lage des Reiches und die Steuerzahler Rücksicht zu nehmen und auf der anderen Seite doch Bedingungen zu gewähren, die genügend zur Zeichnung anregen. Der Erfolg hat gezeigt, daß der richtige Mittelweg gewählt wurde. Von den Ländern tritt nun auch Bayern mit einer 6 prozentigen 75-Millionen-Anleihe auf den Plan. Während die Reichsanleihe bei 5 Proz. Verzinsung einen Ausgabekurs von 92 Proz. aufweist, bringt die bayerische Anleihe bei 6 Proz. Normalzins einen Ausgabekurs von 97,75 Proz., wobei überdies die Feingoldbasis, wohl vor allem mit Rücksicht auf die ausländischen Zeichner, angeboten wurde. Bayern, das glaubte seine Anleihe wesentlich günstiger ausstatten zu müssen, (die Realverzinsung nach dem Ausgabekurs beträgt 6,13 Proz. gegen 5,43 Prozent bei der Reichsanleihe) hätte somit wohl gut daran getan, das Ergebnis der Reichsanleihe abzuwarten und darnach seine Dispositionen zu treffen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind übrigens alle diese Zinssätze noch recht hoch, war doch damals ein fünfprozentiger Zinssatz für zweite Hypotheken das Normale. Den Wert der Papiere für die Zeichner wird freilich ihr Markkurs im Börsehandel bestimmen, bei dem sicherlich schon aus Kreditgründen Kursregulierungen vorgenommen werden, falls sie sich als notwendig erweisen.

Auf dem Gebiet der Handelsvertragsverhandlungen haben die letzten Tage den Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen gebracht, die nun schon seit zwei Jahren im Gange sind, ohne daß der tatsächlich bestehende Zollkrieg ein Ende finden kann. Die größten Schwierigkeiten haben sich in der Frage des Niederlassungsrechtes ergeben, obwohl Deutschland Polen das Einkommenentgegenkam, daß es ein vertragsmäßiges Niederlassungsrecht nur für wirtschaftlich tätige Personen in Anspruch nahm. Polen verweigerte das Niederlassungsrecht für die Landwirtschaft, für alle Angestellten und

fast alle freien Berufe und ist bekanntlich wiederum zu Ausweisungen von leitenden Angestellten aus Oberschlesien geschritten. Auch weigerte sich Polen, Sicherheiten für einwandfreie Handhabung der Einreisestimmungen auch nur zu vorübergehendem Aufenthalt zu geben. Übrigens steht ebenso eine wesentliche Annäherung in den zolltariflichen Fragen noch aus, wie auch bezüglich der Zollpositionen starke Gegensätze bestehen. In diesem Konflikt spielen bekanntlich politische Momente stark hinein, da nicht nur die Abtretung des Korridors und Oberschlesiens dauernde gefährliche Probleme aufgeworfen haben, sondern weil Polen es geradezu darauf anlegt, die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten noch zu verschärfen. Weiter kompliziert wird die Frage der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen durch Wünsche einflußreicher deutscher Interessentenkreise, agrarische Wünsche, welche polnische Agrarerzeugnisse wie Getreide, Kartoffeln, Schweine möglichst fernhalten wollen und auch namentlich gegen die polnische Kohleneinfuhr gerichtete Bestrebungen. Natürlich können hier nur die Interessen der deutschen Gesamtwirtschaft in Frage kommen, und solche Ursachen dürfen ein Hinausziehen des Zollkrieges nicht begründen.

Noch länger als mit Polen verhandeln wir mit Frankreich, nämlich nahezu zweieinhalb Jahre, ohne daß es zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages gekommen wäre. Im vorigen August kam es lediglich zum Abschluß eines Protokolls, das jedoch nur einen Bruchteil der vorliegenden Fragen regelte und das nur auf ein halbes Jahr geltend, am kommenden Montag, 21. Februar, außer Kraft getreten wäre, wenn man sich nicht auf eine kurzfristige vorläufige Verlängerung geeinigt hätte. Frankreich kann aber bereits zum 31. März kündigen, es versucht nun seine Wünsche bezüglich der Weinausfuhr nach Deutschland durchzudrücken. Auch hier bereitet diese heikle Frage, wie seinerzeit beim deutsch-spanischen Handelsvertrag große Schwierigkeiten. Die Weinproduzenten dies- und jenseits der Grenze drücken auf ihre Regierungen, in Frankreich sicher noch stärker als bei uns, da ja die französische Weinproduktion viel größer als die deutsche ist und im Parlament sogar eine interfraktionelle Winzergruppe besteht. Am 2. März sollen die Verhandlungen über den endgültigen Handelsvertrag beginnen, in denen zunächst die Frage der französischen Weinausfuhr eine große Rolle spielen wird. Der neue französische Zolltarif ist freilich immer noch nicht fertig und vor seiner Fertigstellung ist auch ein Abschluß des endgültigen Vertrags nicht möglich.

Auch sonst hat es auf dem Gebiet der Handelspolitik in letzter Zeit manche Enttäuschung gegeben, so die amerikanische Verordnung über die Erhebung von Antidumpingzöllen auf deutsches Roheisen, gegen die Deutschland Einspruch erhoben hat und die uns zeigt, welche Unsicherheit immer noch über die Behandlung unserer Produktion im Ausland liegt. Im Gegensatz dazu wird über einen erfolgreichen Fortgang der deutsch-titanischen Verhandlungen berichtet, bei denen man sich u. a. bereits grundsätzlich über die Beseitigung von Ein- und Ausfuhrverboten geeinigt hat. Ob die deutsch-titanischen Verhandlungen nun in Gang kommen, nachdem sie infolge des Umsturzes in Litauen und der Behandlung des Memellandes durch die neuen Machthaber bisher gehemmt waren, ist noch unbestimmt. Meldungen, daß eine Zollunion zwischen Deutschland und Litauen bevorstehe, klangen von vornherein ganz unglaubwürdig.

Die Auseinandersetzungen mit den Fürstentümern. Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem sozialdemokratischen Antrag, die Regelung der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemaligen Fürstentümern der Randbezugsgebung zu überlassen. Die Reichsregierung ersuchte, die Behandlung dieses Antrages zurückzustellen und zunächst die Wirkung der Verlängerung des Abfindungssperregesetzes bis zum 30. Juni 1927 abzuwarten. Die Reichsregierung hofft, daß bis zu diesem Termin Vergleiche in allen Ländern mit den ehemaligen Fürstentümern zustande kommen. Nach kurzer Beratung beschloß der Ausschuß gegen die Stimmen der Linken, die Behandlung des sozialdemokratischen Antrages zu vertagen.

Einrichtung eines chinesischen Generals. Die „Times“ berichtet aus Peking, daß dort ein chinesischer General in der Eingeborenenstadt öffentlich hingerichtet wurde. Er soll gestanden haben, zahlreiche vormalige Soldaten benutzt zu haben, um wohlhabende Chinesen zu berauben.

Mit der Beilage: Gewinnliste der 3. Geld-Lotterie der Notburga-Kirche zu Hochhausen

Die deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer

Die Tagung der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer wurde am Donnerstag von dem Präsidenten dieser Gruppe, Franz von Wendelssohn, in Berlin eröffnet. Nach Begrüßungsworten des Präsidenten Wendelssohn ergriff Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß ihre Arbeit, die dem großen Ziele der internationalen Verständigung und dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft dient, von der Reichsregierung mit der größten Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgt wird. Die Begriffe internationale Verständigung und Kooperation sind heute fast ebenso Gemeingut der öffentlichen Meinung fast aller Länder geworden, wie noch vor wenigen Jahren die Kriegspropaganda. So groß der geistige Fortschritt aber auch ist, den wir rückblickend zu verzeichnen haben, so groß und so schwer ist auf der anderen Seite noch der Weg zum Ziele. Die Internationale Handelskammer scheint mir berufen, hier wertvolle Pionierdienste zu leisten. Die ständige persönliche Fühlungnahme von Persönlichkeiten, die für die Wirtschaft der verschiedenen Länder repräsentativ sind, kann die allergrößte Bedeutung für eine wahrhafte Verständigung und Annäherung zwischen den Völkern erlangen. Diese Arbeiten dienen gleichzeitig dem Abbau der geistigen Gräben zwischen den Völkern. Daß diese allgemeinen Grundzüge auch wirksam in die Praxis umgesetzt werden, erfordert einen zähen Kampf. Hier liegt die Hauptaufgabe der Internationalen Handelskammer. Nach Dr. Curtius ergriff, stützend beglückt, Sir Arthur Balfour, der Präsident der englischen Wirtschafts-Enquete, das Wort. Er gab in deutscher Sprache einen umfassenden Überblick über die Wirtschaftslage Großbritanniens. Er kam zu dem Ergebnis, daß der englische Arbeiter zweifellos einen höheren Lebensstandard erreicht hat. Das Problem der Arbeitslosigkeit bezeichnete er als das größte Problem der Welt, das durch den Krieg veranlaßt wurde. Nach einer Schilderung der Schwierigkeiten innerkritischer Natur, wie sie die englische Industrie zu überwinden gehabt hat, kam Balfour auf die außerordentlichen Erschwerungen des internationalen Güterausstausches und damit auf die bedeutungsvollen Aufgaben der Internationalen Handelskammer zu sprechen. Zur Frage der internationalen Vereinbarungen äußerte Balfour seine Meinung dahin, daß diese sicherlich eine Zukunft hätten. Die englische Wirtschaft sei der festen Überzeugung, daß die Sozialisierung der Industrie in anderen Völkern als den öffentlichen Betrieben die Zerstörung der Unabhängigkeit und den Zusammenbruch der Industrie selber bedeuten würde.

Wenigstens fand ein Festankert statt. Dabei begrüßte der stellvertretende Präsident der deutschen Gruppe, A. Frawein, die Gäste und schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß es im Interesse jedes Landes liege, daß es seinem Nachbar gut geht. Die deutsche Wirtschaft brauche innere und äußere Freiheit. Die letztere könne sie jedoch nicht erlangen, solange sich fremde Soldaten in deutschen Gauen aufhalten.

In seiner mit Beifall aufgenommenen Antwort betonte Sir Arthur Balfour, daß die ganze Welt mit Bewunderung gesehen habe, wie das deutsche Volk die großen Schwierigkeiten anfasste, um die alte Stellung wiederzugewinnen. Er habe den Eindruck, daß Deutschland auf dem richtigen Wege sei. Das englische Volk verstehe in seinem Freiheitsfinn, was es bedeute, wenn fremde Soldaten auf heimatischem Boden stehen. Er gab die Versicherung ab, daß die britische Industrie und der britische Handel sich dafür einsetzen werden, daß dieser Zustand möglichst bald aufhört.

Wie aus Genf gemeldet, hat die internationale Handelskammer aus Ersuchen der Kommission zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz einen Bericht über die Ausgestaltung des Handelsverkehrs fertiggestellt, in dem zunächst der Abschluß einer allgemeinen Konvention über die Behandlung der Ausländer, Abschaffung der Passvisa, Freiheit des Reisens und gleiche Behandlung von Ausländern und Einheimischen befürwortet wird. Ferner spricht sich die Handelskammer für die Aufhebung von Ein- und Ausfuhrverboten von Rohstoffen aus und empfiehlt die rasche Ratifizierung der Genfer Konvention über die Vereinfachung der Zollformalitäten. Zum Schluß empfiehlt die Kammer dem Völkerbund einen ständigen Organismus für die Behandlung von sämtlichen Zoll- und Handelsfragen zu schaffen.

Badisches Landestheater

„Der kleine Klaus“

Oper in drei Akten von Arthur Kusterer (Uraufführung)

Der junge Karlsruher Komponist — dem Theaterpublikum schon durch den „Casanova“ bekannt, aber wie man jetzt erfährt, Schöpfer von nicht weniger als acht Bühnenwerken — hat seiner neuesten Oper Andersen's Märchen „Der kleine und der große Klaus“ zugrundegelegt und damit zu einem Dichter gegriffen, der in letzter Zeit wiederholt von Musikern herangezogen wurde. Erinnerung sei nur an die „Nachtigall“ von Strawinsky oder an „Die arme Mutter und der Tod“ von Retzke, zwei Werke, die unbestreitbaren Wert besitzen. Zweifellos kann also dadurch, daß das Element der Musik hinzutritt, die Zartheit alles Märchenhaften nicht nur bewahrt, sondern auch bestechend und reizvoll gesteigert werden, während aber ebenso sicher, wenn ein Märchenstoff über seine an sich bescheidene Bedeutung hinausgetrieben und maßlos aufgedunnen wird, eine dramatische Bearbeitung ihn durch das Übergewicht an groben Bühneneffekten in die niedrige Instinktsphäre des Theatralischen herabziehen muß und ihn stark verflutet.

Reider ist Arthur Kusterer trotz der literarisch so bedeutungsvollen Estorte eines Andersen in seiner Oper „Der kleine Klaus“ dieser Gefahr nicht ganz entgangen, ja man kann ihm als seinem eigenen Textdichter kaum den Vorwurf ersparen, daß er vielfach die Primitivität der Schaupläge und die Naivität des Geschehens bei der Verpflanzung auf die Bühne ihrer natürlichen Wirklichkeit beraubt und stredendweise überhaupt mattgesetzt hat. Es besagt dagegen nicht viel, wenn nach einem Einführungsaussatz im Programmheft treibendes Motiv der Handlung dafür der „Kontrast von gut und böse, von materiell und geistig“ sein soll oder wenn dort gar von einem „Kampf kosmischer Prinzipien“ gesprochen und recht überheblich von einem dem „Kampf“ verwandten Symbolgehalt geredet wird. Die Verantwortung für diese Behauptung überlasse ich gern jenem Artikelschreiber — denn weder Textbuch noch Klavierauszug wurden mir zu eingehenderem Studium zur Verfügung gestellt — schließlich etwas vom Sieg der „Wahrheit und Gerechtigkeit“ gehört zu haben, jedoch wie mir scheint ohne notwendige Begründung und ganz im Gegensatz zu früherem Geschehen. Zu den allgemeinen, die Wahl und Vertonung eines Märchenstoffes betreffenden Bedenken habe ich gerade gegen diese Schlussendung noch einen besondern Vorbehalt zu machen. Nicht

Deutscher Reichstag

17. Februar.

Die allgemeine Ausgabe zur ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1927

in Verbindung mit dem vorläufigen Finanzausgleich wird fortgesetzt.

Abg. Neubauer (Komm.) bespricht die bisherige Finanzpolitik der Republik und verlangt Streichung des Behretrats, der Polizei-, Geheim-Subventionsfonds und der Dames-Kassen.

Abg. Reinath (D. Ep.) führt aus, Deutschland sei finanziell an einem Wendepunkt angekommen. Die Geldwelle sei zurückgekehrt. Schon die letzte Anleihe sei eine Defizitanleihe gewesen. Die Aufbesserung aller Beamtengehälter müsse durchgeführt werden. Wenn der Damesplan in den nächsten Jahren voll durchgeführt werden sollte, so würde die Finanzlage Deutschlands ganz bedenklich werden. Eine weitere Erhöhung der gesamten deutschen Steuerlast sei unmöglich. Vielmehr sei eine weitere Milderung unbedingt notwendig. Beim Behretrat werden sich kaum wesentliche Ersparnisse machen lassen. Frühbare Einsparungen werden sich nur bei den Ländern und Gemeinden machen lassen. Es geht nicht länger an, daß auf Kosten der Gesamtheit der Reichsbürger die Sonderkaufkraft einzelner Länder künstlich aufrechterhalten wird. In der Auseinandersetzung der Steuerzahlungstermine wird weiter gegangen werden. Wir wünschen eine möglichst kurze Frist bis zum endgültigen Finanzausgleich. Die Gemeindegeldsteuer sollte ganz aufgehoben werden. Die Ausartungen der Realsteuern in Ländern und Gemeinden müssen sofort vom Reiche aus beseitigt werden. Die Hauszinssteuer darf nicht bereinigt werden. Die Einkommensteuer ist überspannt. Die Tariffälle steigen viel zu rasch an. Die Höchstgrenze müsse 33% Prozent betragen. Wir halten an dem Antrage fest, daß die Einkommensteuer nach dem dreijährigen Einkommensdurchschnitt berechnet wird.

Abg. Dietrich-Waden (Dem.) erklärt, die Kritik am Finanzminister Dr. Reinhold sei unberechtigt. Wenn der Finanzminister die Lage so pessimistisch beurteilt, dann sei nicht zu verstehen, wie er die Abminderung treffen konnte, durch die den Ländern und Gemeinden 200 Millionen mehr zugewiesen werden sollen. Wenn eine solche Summe frei ist, könne die eventuelle Belastung mit 150 Millionen für die Arbeitslosen den Haushalt nicht, wie der Minister behauptete, aus dem Gleichgewicht bringen. Gespart werden könnte beim Etat des Reichsverkehrsministeriums. Dort könnten die für Kanalbauten vorgesehenen 154 Millionen glatt gestrichen werden. Verschwinden müßten auch die hohen Okkupationslasten. Denn nach dem Damesabkommen braucht das Reich diese Kosten nicht mehr zu decken. Herr von Schlieben habe den großen Fehler gemacht, durch die Verbehalten der zu hohen Steuern die deutsche Reparationslast zu erhöhen. Es war durchaus richtig und notwendig, daß Dr. Reinhold die für die Wirtschaft unerträglichen Steuern senkte. Vor allen Dingen sollte man im Interesse der Sparbarkeit die Gesehmacherei einschränken. Wir wollen endlich Klarheit haben darüber, in welchem Maße die Großgrundbesitzer steuerlich den Bauern gegenüber bevorzugt werden. Mit der Hinausschiebung des endgültigen Finanzausgleichs sind wir einverstanden. Auch wir wünschen, daß der Grundgedanke des Erzbergerischen Finanzsystems aufrechterhalten wird.

Am 4. Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 3 Uhr verlagert. Vorher wird der Etat, unbeschadet der Fortsetzung der Plenarberatung, dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Staatssekretär in der Reichsjustiz, Dr. Bänder, schreibt in einem in der „Reichsjustizzeitung“ wiedergegebenen Artikel über den neuen Kurs in der Reichsregierung: In unserem jungen wieder aufgerichteten Staatsleben drängen zwei Probleme um ihre politische Durchsetzung. Das erste Problem ist dieses: Der neue Staat und die in ihm bisher positiv tätigen Kräfte waren tief von der Notwendigkeit durchdrungen, die große Schär der Arbeitnehmers in den Staat heranzuziehen. Das zweite Problem ist die große Aufgabe, die hinter der politischen Rechten stehenden Wähler in Stadt und Land, Handwerk und Handel, Wirtschaft und Industrie gleichfalls an den Staat heranzubringen. Das erste Problem findet seinen praktischen politischen Ausdruck in der Schaffung der Großen Koalition, das zweite in der Bildung einer Regierung, die etwa der gegenwärtigen Reichsregierung entspricht. Staatssekretär Bänder verneint die Frage, ob Dr. Marx seinen alten Grundgedanken untreu geworden sei, weil die neue Regierung unter seiner Führung entstanden sei.

Politische Neuigkeiten

Die Richtlinien der Regierungspolitik

Die Koalitionsparteien im Reichstag haben jetzt beschlossen, die während der Regierungsverhandlungen aufgestellten Richtlinien nebst protokollarischen Zusätzen zu veröffentlichen. Der Wortlaut dieser Richtlinien entspricht den feierlichen inoffiziellen Veröffentlichungen, die auch wir brachten.

Das „V. D. B.-Büro“ kann noch das Protokoll hinzufügen, das folgenden Wortlaut hat: „Protokoll In Erläuterung der Richtlinien sind sich die in der Regierung zusammengeflohenen Fraktionen noch über folgende Punkte einig geworden: 1. Die Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswortes von Locarno wird weder völkerrechtlich noch staatsrechtlich in Zweifel gezogen werden. 2. Der Schutz der verfassungsmäßigen Reichsorgane erträgt sich, wie sich schon aus dem Inhalt des Artikels III ergibt, auch auf die Handelslage. 3. Der Vergangenheit und ihren Symbolen muß gleichfalls Achtung gezollt werden, und dieser Gedanke soll in der Regierungserklärung seinen Ausdruck finden. 4. Wichtige Anträge einer einzelnen Regierungspartei, insbesondere solche auf Änderung der Verfassung, sollen nur nach vorherigem Benehmen der Regierungsparteien gestellt werden.“

In der deutschnationalen Presse war mehrfach bestritten worden, daß die am 27. Januar veröffentlichten Richtlinien den authentischen Text darstellen. Der authentische Text der Richtlinien wurde verschwiegen und behauptet, diese Richtlinien seien keine Festlegung der deutschnationalen Politik in der Regierung. Nun stellt das Zentrum fest: 1. Der von den Deutschnationalen abgelegene Text ist authentisch. 2. Dieser Text ist die bindende Grundlage für die Politik der Reichsregierung.

Über die Entziehung der Richtlinien teilt jetzt die „Germania“ u. a. mit:

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages hat im Anschluß an einen Entwurf des Abg. v. Guérard in seiner Sitzung vom 21. Januar 1927 Leitfäden für die Verhandlungen des Reichstages über die Regierungsbildung aufgestellt. Diese Leitfäden wurden am Sonntag, den 23. Januar in der Reichstagsloge durchgearbeitet. An dieser Besprechung nahmen teil die Herren Dr. Marx, Dr. Brauns, von Guérard, Dr. Siegelwald, Dr. Wirth und Voos. An der Hand dieser Grundzüge hat Reichstagsabg. Dr. Marx mit den Beauftragten der deutschnationalen Fraktion verhandelt. Am 25. Januar wurden die nunmehr Richtlinien genannten Grundzüge der künftigen Regierungspolitik erneut festgelegt. Eine irgendwie wesentliche Änderung der Richtlinien erfolgte nicht. Sie bildeten dann die Grundlage weiterer Verhandlungen mit den Regierungsparteien. Am 26. Januar 1927 wurden sie in einer Besprechung der Regierungsparteien endgültig festgelegt. Es wurden einige Zusätze zu den Richtlinien selbst protokollarisch festgelegt. Diese Richtlinien haben ihre Ausprägung in der Erklärung der Reichsregierung gefunden und bilden die bindende Grundlage der Politik der heutigen Reichsregierung sowohl in außenpolitischer, wie in innenpolitischer Beziehung.

Der Reichsrat

erklärte sich in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag einverstanden mit den Beschlüssen des Reichstages betreffend Hinausschiebung der Aufhebung des privaten Vorkaufs bis zur Regelung der Entschädigung und betreffend die Regierungsvorlage über die Reichswohnungsabgabe, die nach Mitteilung der Regierung am 9. Mai d. J. erfolgen soll. Angenommen wurde ferner eine Verordnung, wonach der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer im Jahre 1927 ebenfalls im Maximum 25 Prozent betragen soll. In einer Resolution erfuhr der Reichsrat die Regierung um baldmöglichste Vorlegung eines Gesetzentwurfes betreffend Aufhebung der Bräutigamssteuer. Der Verlängerung des deutsch-niederländischen Handelsprovisoriums und des Saarabkommens um drei Monate stimmte der Reichsrat ebenfalls zu.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wählte, anstelle des zum Reichsjustizminister ernannten Abg. Dergi (Dntl.), den Abg. Wallraf (Dntl.) zu seinem Vorsitzenden. Sodann wurden die Gesetzentwürfe über den deutsch-niederländischen und den deutsch-dänischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag behandelt.

nur dünkt mich diese gewundene Umschreibung unlogisch und wenig glaubhaft, nach meinem Gefühl bleibt überhaupt der ganze dritte Akt in seiner jetzigen Fassung überschüssig und bedarf dringend der bestenhand, um die vorangehenden Aufzählungen zu wirksamem Abschluß zu bringen.

Wie mir meine Meinung etwas näher begründen. Erster und zweiter Akt hängen als komische Oper mit darüber wehendem Mitleidschatten vorüber. Der kleine und der große Klaus sind die bewegenden Gegenpole. Zwischen wenig gezielten Säusern liegt ihre Welt, hier entsteht ihr Zwist, hier wird auch der realistische Handlungsstern mit dem Totschlag des Herbes des einen geboren und dann mit der Tötung der Seele des andern weitergeführt. Nach scheint der Große Materialist, der Kleine aber Idealist. Das ausgelassene Spiel hat auch Sinn und wird nach echter Wuffpart variiert. Selbst die Nebenfiguren — der Küster, der Händler und seine Frau — sind trefflich gezeichnet und schauen gar dümmlich drein. Ähnliches Tempo mühte nun auch der dritte Akt haben und könnte es haben, wenn der kleine Klaus schließlich als der größere Spitzbube der beiden entlarvt würde, der er in Wirklichkeit doch wohl auch ist. Aber statt zu so grotesk-komischem, witzig aufzubelndem Finale hat sich Kusterer zu einer beinahe tragischen Lösung der Wirren entschlossen. Das heitere Spiel wird plötzlich ins Dumpe und Schwermütige abgebeugt, die primitive Holzschmittwelt wird zur ungläubigen Karikatur. Und gegen unumstößliche Regeln sündigt nach der schon peinlichen Gerichtsszene noch härter die „Helden“-Apothek, die sentimentalistischer Kitsch in bengalischer Beleuchtung ist. Anstelle der erwarteten Krönung einer zugkräftigen komischen Oper — seine formvertraute Lockerheit legitimiert ihn heute doch dazu! — erlebt man daher eine sehr befremdliche, stil- und sinnwidrige Entgleisung, deren mythische Philosophie alles an dem Werke existenz Gute und Dumortige flüchtig parodiert.

Für den musikalischen Teil gilt das Gleiche. Kusterers Konzeption ist trefflich, soweit sie es mit einem Scherzspiel zu tun hat. Dabei gelingt es ihm auch, das Überkommene sinngemäß weiterzubilden und den Vorgängen ein musikalisch sinnvolles Gerüst zu geben. Bezeugt keine Kompositionenweise oft auch mehr formalen als geistigen Reichtum, so ist sie doch zuweilen meisterhaft gefolgt und findet reichen Anlaß zu blühender Klangmalerei. Die und da dürfte die melodisch-tantabile Linie in den Singstimmen freilich noch breiter ausschlagen, damit diese leichter und freier hervortreten und zu lyrischen Akzentpunkten gelangen. Aber Rücksicht auf die Sänger ist heute ohnehin kein Hauptforderndes, und ein Schwelgen in weiten Kantilenen sowie

ein Ausfragen in schönen Stimmungsmomenten gestattet gewöhnlich kein Komponist seinen Künstlern. So hat Kusterer schon recht, wenn er auf die Arie z. B. ganz verzichtet und die Singstimme, wenn auch gleichsam als isoliertes Instrument dem Orchester organisch und thematisch verbindet. Das schadet nur, wo eben dies Orchester selbst wichtig und lärmend wird und wo so hohles Pathos heraufklingt, daß noch so deutlich artikulierende Sänger den Text gegen das Orchester nicht mehr durchsetzen können. Wohl hat er einige hochgeschwollene Erregungen geschäft in Zwischenpausen verwiesen, aber der atavistische Augenblindeindruck löst sich namentlich im dritten Akt an manch gewaltigen Stellen; es fragt sich überdies, ob eine kammerorchestrale Besetzung dem gesamten Werk nicht zweckdienlicher gewesen wäre. Auch daraufhin sollte der Komponist seine Partitur, bevor er sie bei beiden Bühnen einreicht, jedenfalls noch einmal gründlich nachprüfen.

Der Uraufführung selbst, die nach langer Verzögerung, aber nach einer mit bester größerer Sorgfalt angefüllten Vorbereitungszeit zustande kam, verdient entsprechend hohes Lob. An musikalischer Ausarbeitung fehlte es ihr sicherlich nicht. Robert Bus, der Träger der Hauptrolle, fand allerdings wenig Gelegenheit, sich von Stimmlichen her zu entfalten, er entschädigte einermäßig durch seine frische Darstellung, die weder im routiniert konventionellen noch im bloß theatralischen stecken blieb. Unter ähnlichen Hemmungen hatte gefänglich auch der große Klaus von Franz Schuster zu leiden, doch gelang es ihm ebenfalls, eine lebenswahre Figur auf die Bretter zu stellen. Als Dritter im Bunde der solistisch Hauptbeteiligten führte Eugen Rainold seine Rolle (der Küster) musikalisch sicher, dagegen reichlich nervös im Spiel durch. In Nebenfiguren betätigten sich mit exprobletem Können Dagda Strad, Else Mann, Rudolf Weirauch, Karheinz Wäfer. Überlegene Sicherheit zeichnete wiederum die Direktion des Generalmusikdirektors Josef Krips aus, von dessen Taktstock stärker denn je Wärme und Verbe an diesem Abend abhingen. Minutiöse szenische Kleinarbeit hatte Otto Krauß geleistet, das den Märchencharakter betonte, an eine Spielzeugschachtel erinnernde Bühnenbild stammte von Emil Burck. Der Beifall des nicht außergewöhnlich stark besuchten Hauses hielt sich in den üblichen Grenzen: Schon nach dem ersten Halbakt gab es aufmunternden Applaus, der sich bis zum zweiten Finale merzlich verstärkte und auch den Dichterkomponisten an die Kampe rief. Nach Schluß fühlte sich abermals ein Teil des Breitenpublikums zu lebhaften Kundgebungen verpflichtet. Es war jedoch mehr lokal hereditäre Demonstration als stürmische Oration. S. S.

Um das Arbeitszeitgesetz

Die interfraktionelle Besprechung über das neue Arbeitszeitgesetz drehte sich, wie aus Berlin berichtet wird, in der Hauptsache um die Frage, ob und in welcher Form der § 11, Absatz 3 der Arbeitszeitverordnung von 1923, der eine freiwillige Mehrarbeit über den Achtstundentag hinaus grundsätzlich gestattet, aufrechterhalten bleiben soll. Der den Verhandlungen zugrundeliegende neue Regierungsentwurf soll diesen § fallen lassen. Er soll jedoch einige Abweichungen vorsehen, die sich auf die verschiedenartige Behandlung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben beziehen. Eine besondere Stellung nehmen dabei die Druckbetriebe, insbesondere der Zeitungsdruk, ein. Die interfraktionelle Besprechung führte zur Einsetzung einer kleinen Kommission, welche die Formulierung der Frage der freiwilligen Mehrarbeit übernehmen soll.

Der pfälzische Kreistag gegen die Fortdauer der Besatzung

Der Pfälzische Kreistag hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Mit dem Eintritt unseres Vaterlandes in den Völkerbund ist mit Recht vom deutschen Volke, aber auch von einflussreichen Kreisen des Auslandes, das Verlangen erhoben worden, die Besetzung des Landes aufzuheben.“

Sinter diese Forderung stellen wir uns im Kreistag mit allen Fasern unseres Denkens und Fühlens, stellt sich die pfälzische Bevölkerung, die mit Ausnahme von wenigen verwerflichen Elementen die Besetzung vom ersten Tage ihres Erscheinens abgelehnt hat und ewig ablehnen wird. Wenn es erst mit Vollberechtigung und mit wirklichem Frieden, der kann nimmermehr einen Zustand billigen, der jeden Tag den Abgrund zwischen zwei Völkern tiefer aufreißt und er muß das Ende von Verhältnissen wünschen, welche die Zwietracht zwischen den Völkern verewigen müssen.

Die Pfälzer waren ein freies Volk im freien Lande. Die Verpflichtungen aus den Friedensverträgen werden — soweit es notwendig — erfüllt und deshalb wollen wir wieder sein, was wir waren. Wir fordern zurück von den Alliierten unsere Freiheit und frei von jeder Besetzung unsere Pfalz!“

Das Eingreifen des Völkerbundes bei Krieg und Kriegsgefahr

In der Schlussitzung des Interfraktionellen Ausschusses des Völkerbundes, der zum Studium der Frage eingeleitet war, welche Maßnahmen zu einer Besetzung des Eingreifens des Völkerbundes bei Kriegsgefahr getroffen werden können, wurde eine vollständige Einigung erzielt. In dem Entwurf des Ausschusses über Artikel 11 der Völkerbundescharta wird jeglicher Krieg und jede Kriegsgefahr, gleichviel ob dadurch ein Völkerbundsmitglied sofort in Mitleidenschaft gezogen wird oder nicht, für eine Angelegenheit des ganzen Völkerbundes erklärt. Der Völkerbund soll jede Aktion unternehmen, die den Frieden der Nationen zu schützen geeignet ist. Auf Ersuchen soll der Generalsekretär sofort eine Zusammenkunft des Völkerbundes einberufen. Jedes Völkerbundsmitglied hat das Recht, jeden Umstand, der das gute Einvernehmen zwischen den Nationen gefährden könnte, dem Bund zur Kenntnis zu bringen. Der Interfraktionelle Ausschuss hat keine vollständige Regelung für das Verfahren zur Anwendung des Artikels 11 abgefaßt, jedoch in völliger Einigkeit Empfehlungen gemacht, die dem Bericht und dem Ausschuss des Völkerbundes angehängt werden sollen.

Umgruppierung in der deutschen Völkerbundsliga

Im Reichstage fand am Mittwoch eine Sitzung des Präsidiums der Deutschen Liga für den Völkerbund statt, in der die Umgruppierung des Vorstandes und des Präsidiums beschlossen wurde. Vizepräsident a. D., Graf Bernstorff, der Präsident der Liga, begründete die Neugruppierung der beiden Körperschaften folgendermaßen: Die Deutsche Liga für den Völkerbund wurde vor acht Jahren gegründet von Männern, die Anhänger der Völkerbundsdeklaration waren und es war verständlich, daß die Liga sich vor allem aus Mitgliedern linksgerichteter Parteien zusammensetzte. Jetzt aber arbeiten in der Liga in hervorragender Weise neben den anfänglich völkerbundsfreundlichen Kreisen auch Mitglieder solcher Parteien mit, die dem Völkerbund früher ablehnend gegenüberstanden haben. — Es wurde eine Kommission eingesetzt, die mit der Aufgabe der Erweiterung des Vorstandes und des Präsidiums beauftragt wurde.

Polen und die Ausweisungsfraße

Nach einer von dem polnischen Außenministerium veröffentlichten Erklärung sind die Verhandlungen mit Deutschland über die Niederlassungs- und Ausweisungsverträge gescheitert. Die polnische Regierung erklärt sich aber zur Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen bereit. Eine besondere Vertragsbindung in der Ausweisungsfraße lehnt die polnische Regierung mit der Begründung ab, daß die Rechtsstellung der Fremden in Polen durch eine „liberale innere Gesetzgebung“ geregelt sei.

Hierzu wird von maßgebender deutscher Seite mitgeteilt: Angehörige der Handhabung des Fremdenrechts durch Polen ist es auf deutscher Seite von Anfang an für unbedingt erforderlich gehalten worden, die Ausweisungsfraße im Rahmen der Niederlassungsbestimmungen des Handelsvertrages zu regeln. Erst infolge des Widerstandes der polnischen Delegation gegen eine Behandlung der Ausweisungsfraße ist von deutscher Seite versucht worden, diesen Punkt durch besondere Verhandlungen auf diplomatischem Wege in Warschau zu regeln. Es wird nunmehr durch weitere Schritte Deutschlands in Warschau Klarheit darüber zu schaffen sein, ob auf irgend einem Wege eine befriedigende Regelung der Ausweisungsfraße zu erzielen ist und damit die gegenwärtigen Schwierigkeiten für die Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beseitigt werden können. Sollte Polen eine Regelung auf diesem Gebiete ablehnen, so wäre dies der deutlichste Beweis dafür, daß es keine willfährliche Ausweisungsfraße fortsetzen will.

Berliner Blätter verweisen auf Grund zuverlässiger Informationen auf die Tatsache, daß allein auf dem Generalkonsulat in Katowitz in einem Monat 150 Ausweisungen festgestellt wurden, darunter ein großer Teil Arbeiter. Im übrigen brauche die polnische Regierung nicht so aufgebracht zu werden, daß nicht doch vor weiteren Handelsvertragsverhandlungen die Ausweisungsfraße behandelt werden könnte.

Der 100. Todestag Pestalozzis. Der 100. Todestag des Pädagogen und Menschenfreundes Pestalozzi wurde überall in der Schweiz durch ein einfaches Rahmen gehaltenen Feiern begangen. Die offizielle Gedächtnisfeier fand in Brugg, wo Pestalozzi am 17. Februar 1827 gestorben ist, statt. In dem benachbarten Ort Herz wurde am Grab Pestalozzis ein Kranz niedergelegt. Der Vorsitzende des eidgenössischen Departements des Innern, Bundesrat Guhard, sprach im Namen der schweizerischen Regierung. Von den Vertretern auswärtiger Länder hielten u. a. Ansprachen: für Deutschland Dr. Kerckhoff, Stadtschulrat Schmitts-Düsseldorf, Oberregierungsrat Günther-Berlin und Prof. Siedinger-Mannheim.

Litauische Kommunisten begnadigt. Sieben von litauischen Feldgerichten zum Tode verurteilte und mit der Hinrichtung bedrohte litauische Kommunisten, wegen deren sich, wie der „Vorwärts“ meldet, Reichspräsident Lübe an den Präsidenten der litauischen Republik gewandt hatte, sind, wie jetzt aus Romo mitgeteilt wird, vom Präsidenten Smetona begnadigt und die Freiheitsstrafe anderer Verurteilter in ihrer Dauer herabgesetzt worden. Dagegen ist der weitere Wunsch Lübes für die Verurteilten, nämlich sie einem neuen Gerichtsverfahren mit Rechtsgarantien zu unterwerfen, nach einer ihm gewordenen Mitteilung nicht erfüllt worden, weil das nach den gesetzlichen Vorschriften unstatthaft sei.

Ein Japaner Direktor der chinesischen Zollverwaltung. Wie aus Tokio gemeldet wird, ist der japanische Delegierte bei der chinesischen Zollverwaltung, Kikuzumi, zum Zolldirektor ernannt worden. Er übernimmt hiermit den Posten, den der Engländer Edwards als Nachfolger des von den Chinesen seines Amtes entsetzten Sir Francis Algen inne hatte. Der Pariser „Temps“ legt dieser Maßnahme eine besondere Bedeutung bei: Auf Grund internationaler Bestimmungen muß der Posten des Direktors der chinesischen Zölle der Nation übertragen werden, die am stärksten an China geschäftlich interessiert ist und das ist seit einer gewissen Zeit Japan und nicht mehr England.

Kurze Nachrichten

Die sächsische Aufwertungspartei gegen Dr. Kütz. Nach Blättermeldungen aus Dresden hat der Landesvorstand und die Fraktion der Sächsischen Aufwertungspartei sich in einer Entschliessung gegen die Kandidatur des ehemaligen Reichsinnenministers Dr. Kütz für das sächsische Innenministerium ausgesprochen. Damit gilt, wie es in den Meldungen heißt, die Kandidatur Dr. Kütz für erledigt.

Der Lohnstreik in der chemischen Industrie. In dem Tariflohnstreik der chemischen Industrie im Bereich der Provinz Posen-Kaschau und des Freistaates Posen hat das Reichsarbeitsministerium Herrn Oberregierungsrat Dr. Werde zum Schlichter bestellt. Der Schlichter hat die Parteien zum Samstag, den 19. Februar nach Berlin geladen.

Die Frage der regionalen Verwaltung für Elsaß-Lothringen. Der französische Kammerausschuss für elsaß-lothringische Angelegenheiten hat am Donnerstag mit der Prüfung des Entwurfes einer Entschliessung begonnen, durch die die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf zur Einführung der regionalen Verwaltung in den elsaß-lothringischen Departements einzubringen.

Badischer Teil

Das Laufenlassen von Kraftwagenmotoren in geschlossenen Hallen ist lebensgefährlich!

UNA. Kurze Zeit hintereinander sind zwei schwere Unfälle in badischen Kraftwagenhallen vorgekommen. In beiden Fällen haben Kraftwagenfahrer in den geschlossenen Hallen den Motor angelassen und einige Zeit laufen lassen. Immer entwickelt sich in dem nicht voll belasteten Motor u. a. das sehr gefährliche Kohlenoxydgas, das in beiden Fällen den Tod der Kraftwagenfahrer herbeigeführt hat. Es ist sehr gefährlich, einen Explosionsmotor in geschlossenem Raum laufen zu lassen, weil das Kohlenoxydgas nicht bloß eine Erstickungsgefahr in sich birgt, der durch künstliche Atmung begegnet werden kann, sondern weil auch eine Vergiftung des Blutes in der Lunge eintritt, von der eine Rettung selten möglich ist. Auch wenn der Motor im Freien läuft, wird man bei Beseitigung von Störungen sich zweckmäßig nicht gerade den Kopf in die Nähe des Auspuffes bringen da sonst auch im Freien eine Kohlenoxydgasvergiftung möglich ist.

Landesversammlung Deutscher Eisenbahner

Die Bezirksleitung Baden des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hatte drei Landesversammlungen einberufen, welche aus allen Teilen Badens sehr stark besucht waren. In Offenburg fand eine Landesversammlung für das technische Wagenuntersuchungspersonal statt. In Karlsruhe tagten das Werkstätte- und Rangierpersonal. Es wurden einstimmig Entschliessungen gefaßt, die folgende Forderungen enthalten: Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, alsbaldige Erhöhung des Einkommens entsprechend der wesentlich verminderten Kaufkraft, Ausbau der sozialen und hygienischen Einrichtungen.

Von der Mannheimer Handelshochschule

In der Handelshochschule Mannheim beginnt das Sommersemester am 2. Mai. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen. Sprachkurse sind vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch, ferner Kurse zur Pflege der deutschen Sprache, sowie Einführungskurse in die deutsche Reichsrechtsschrift (Einheitssteno-graphie). Betreffs der Einzelheiten sei auf das Vorlesungsverzeichnis selbst verwiesen.

Einreise Arbeitssuchender nach Spanien

In der letzten Zeit mehrten sich die Fälle, in denen deutschen Reichsanghörige, meist jüngeren Alters, nach Spanien einreisen, um dort ihre Fortkommen zu suchen. Die Betroffenen sind sehr häufig weder der Sprache noch des Landes kundig und fallen, nachdem ihre bescheidenen Mittel aufgebraucht sind, den deutschen Auslandsvertretungen zur Last. Die deutschen Konsulate können aber nur in den aller-seltensten Fällen wirklich durchgreifende Hilfe gewähren. Es muß daher im Hinblick auf die in Spanien zur Zeit überaus teuren Lebensbedingungen und die dortige schlechte Geschäftslage dringend davon abgesehen werden, ohne eine vorherige feste Anstellung aufs Geratewohl nach Spanien auszureisen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	18. Februar		17. Februar	
	Gold	Wirkl.	Gold	Wirkl.
Amsterdam 100 G.	168.64	169.06	168.63	169.05
Kopenhagen 100 Kr.	112.46	112.74	112.46	112.74
Italien . . . 100 L.	18.26	18.30	18.22	18.26
London . . . 1 Pf.	20.438	20.490	20.442	20.494
Neuyork . . . 1 D.	4.214	4.224	4.214	4.224
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.52	16.56
Schwiz . . . 100 Fr.	81.045	81.245	81.05	81.25
Wien 100 Schilling	59.32	59.46	59.34	59.48
Prag . . . Kr. 100	12.477	12.517	12.478	12.518

Gemeinde-Rundschau

Gewinnung von Neuland bei Philippsburg. Die Gemeinde Philippsburg wird durch Vermittlung der Badischen Landwirtschaftskammer 17 000 RM. aufnehmen zum Umbruch von Torfäckern. Man hofft, auf diese Weise eine große Strecke bebaubares Land zu gewinnen.

Der Bürgerausschuß Eppingen hat zur Behebung der Wohnungsnot 119 000 RM. bewilligt, die als verbilligte Baudarlehen an Bauaufträge abgegeben werden. Zur Bauausführung sind bereits 22 Wohnungen angemeldet worden.

Außerordentlicher Holztrieb der Gemeinde Lauda. In der Bezirksratsitzung wurde u. a. ein außerordentlicher Holztrieb der Gemeinde Lauda von ca. 10 000 Fm. im Werte von etwa 250 000 RM. genehmigt.

Förderung des Wohnungsbaues in Vaden-Baden. Von dem im Jahre 1927 für die Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung stehenden Mitteln sollen 1 Million RM. zur Gewährung von Hypothekendarlehen, 250 000 RM. zur Gewährung von Darlehen für die Instandhaltung von Altimwohnungen und weitere 250 000 RM. zur Erstellung von Eigenbauten verwendet werden.

Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung für Friedhofskunst. Der Reichsausschuß für Friedhof und Denkmäl hat beschlossen, während der großen Ausstellung für Friedhofskunst am 20. und 21. Mai in Karlsruhe keine diesjährige Tagung abzuhalten. Außer den geschlossenen Verhandlungen des Ausschusses ist ein öffentlicher Vortrag über die Ziele der Organisation vorgezogen. Wahrscheinlich wird auf dieser Tagung auch ein Landesausschuß für Vaden ins Leben gerufen werden.

Lichtbildervortrag Vater Nisch, Schumm. Der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe ist mitgeteilt worden, daß die ersten fünf deutschen Missionare von der australischen Regierung die Einreiseerlaubnis nach den ehemaligen deutschen Südpazifikinseln erhalten haben. Die Missionare werden schon Anfang März ihre Ausreise nach dem Osten antreten. Unter diesen befindet sich auch Vater N. Schumm, der am Freitag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr in den Badischen Lichtspielen (Konzerthaus) seinen zweiten Vortrag hält. Dieser Vortrag wird der letzte vor seiner Ausreise sein. Der bekannte Kolonialredner wird über seine Erlebnisse während seiner 20jährigen Tätigkeit als Missionar in der Südsee sprechen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Polarluftsturm über Skandinavien hat seit gestern erhebliche Fortschritte gemacht. Seine Front liegt heute bereits im Mitteldeutschland. Wir haben daher noch heute den Eintritt von Frostwetter mit Schneefall, auch in der Ebene zu erwarten. Der Einbruch kalter Luft wird mit Drehung der Winde nach Norden verbunden sein. Voraussichtl. Witterung für 19. Febr.: Wolkig mit Frosttemperaturen bei nördlichen Winden. Weitere Schneefälle, auch in der Ebene.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. B. Heidelberg, 17. Febr. Das Mittelstandsanatorium steht nun im Rohbau fertig und dürfte schon nach Pfingsten seiner Bestimmung übergeben werden können.

D. B. Heidelberg, 17. Febr. Bei der baulichen Veränderung des Stiftes Neuburg, sollen alle Baueingriffe auf das geringste Maß beschränkt werden, damit der Charakter des alten schönen Landschaftsbildes unberührt erhalten bleibe. Das Innere der Kirche wird durch den Einbau eines kleinen Seitenschiffes vergrößert werden.

D. B. Bretten, 17. Febr. Die Stadtgemeinde Bretten hat das Hofgut des Herrn Henning um den Preis von 56 000 M. erworben.

D. B. Pforzheim, 17. Febr. Oberbürgermeister Gündert mußte sich im hiesigen Krankenhaus einer Operation unterziehen, die von Medizinalrat Dr. Rupp ausgeführt wurde. Der Oberbürgermeister befindet sich auf dem Wege der Beseferung.

D. B. Lichtenau, 17. Febr. (Hohe Holzpreise.) Ungewöhnlich hohe Holzpreise für Brennholz wurde gestern bei der im benachbarten Elm veranstalteten Holzversteigerung erzielt. Gemischtes Scheiterholz 20-21 Mark, 100 Wellen 36-38 Mark. Das Stammholz, welches mit 10 Proz. Zuschlag auf den Landesgrundpreis veranschlagt war, wurde zum großen Teil um den Anschlag erworben. Nicht erreicht wurde der Anschlag bei Eichen, stark überschritten bei Nadeln.

D. B. Sasbach (Wühl), 17. Febr. Die Leberische Lehranstalt, die über 400 Schüler zählt, mußte wegen Platzmangel erweitert werden. Der Neubau, der gegen 200 000 M. kostet, kann wahrscheinlich mit Beginn des neuen Schuljahres bezogen werden.

D. B. Offenburg, 16. Febr. Am Sonntag fand hier die aus allen Teilen Badens besuchte Konferenz zur Gründung des Gauartells der Kleinatliber-Schützenvereine „Republik“ statt. Der Vertreter des Bundesverbandes in Madgeburg, Karbaum, referierte über die Entwicklung des neuen Bundes und seine Ziele. Der Bund bezweckt die Einführung des schönen Sportes des Kleinatliberschießens so, wie er in anderen Staaten schon längst vor dem Kriege gepflegt worden ist. Die Aussprache über den Aufbau der neuen Organisation war ergebnislos und zeigte in allen Punkten den einheitslosen, festen Willen, den Schießsport nun auch in die Reihen der verfassungstreuen, republikanischen Bevölkerung hineinzutragen. Die bereits bestehenden Bundesverbände wurden angenommen und als Eich des Gauartells-Vorstandes Mannheim bestimmt.

D. B. vom Oberrhein, 17. Febr. Wer jetzt an die Ufer des Rheinstromes wandert, wird über den außerordentlichen Tiefstand des Rheins erstaunt sein. Die lange (relative) Trockenheit hat es mit sich gebracht, daß überall unzählige Kiesbänke auftreten, die einen imposanten Anblick bieten. Bei der steineren Schwelle tritt mit aller Deutlichkeit das Gestein hervor und bietet besonders dem Geologen wertvolle Beobachtungen. Erst jetzt kann man erkennen, wie stark die Felsen für die Schifffahrt ein Hindernis bieten. Wächtig bräunt das Wasser über die Barren, und schon von weitem vernimmt man das Klauschen und Rischen der herabstürzenden Wasser-massen. Bei Dreisbach liegen kilometerweise die Kiesbänke aus der Flut. Die großen Massen Schnee aber, die auf den Gebirgen lagern, werden diesen Zustand nicht lange dauern lassen; denn schon in nächster Zeit kann aus einem kleinen, sich langsam dahinschlingelnden Fluß ein reißender Strom werden.

D. B. Stuttgart, 18. Febr. In der Stuttgarter Möbelfabrik Georg Schütte kam es zur Arbeitsniederlegung einer Abteilung, die für ihren im vorigen Jahre abgebauten Lohn wieder einen Ausgleich verlangte. Die Stuttgarter Holzindustrie drohen infolgedessen auf Mittwoch, den 23. Febr. die Aussperrung aller Stuttgarter Holzarbeiter an.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Kapitalaufnahme der Stadt Mannheim durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen.
Der Stadt Mannheim ist durch Entscheidung vom heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Justiz und der Finanzen die Genehmigung zur Ausgabe von zu 6 Prozent verzinslichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 10 000 000 RM.
— Zehn Millionen Reichsmark —
sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinsscheine erteilt worden.
Karlsruhe, den 18. Februar 1927.
Der Minister des Innern
F. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der blamwürdigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Verleitet:
Kanzleischiffen Jakob Fabian beim Bezirksamt Mosbach zu jenem in Mannheim unter Ernennung zum Verwaltungsassistenten.
Gestorben:
Professor Schüttelheim am Realgymnasium in Lafr.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 19. Febr. bis 1. März.
a) Im Landestheater:
Samstag, 19. Februar. * B 17. Th.-Gem. 601-700 und 1001-1100. Einen Zug will er sich machen. 7½-10% (5.-).
Sonntag, 20. Februar. Nachmittags: außer Miete: Die Puppenfee. Derauf: Klein Idas Blumen. 3-4% (4.-).
Abends: * G 18. Th.-Gem. 901-1000. Die Fiebermans. 7-10% (8.-).
Montag, 21. Februar. * C 17. Th.-Gem. 701-900. Dover-Calais. 8-10 (5.-).
Dienstag, 22. Februar. * A 17. Der kleine Klaus. 7% bis 10 (7.-).
Mittwoch, 23. Februar. * B 18. Th.-Gem. 1201-1300. Der Barbier von Sevilla. 8-10% (7.-).
Donnerstag, 24. Februar. * D 17 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 1101-1200. Zum erstenmal: Der guttische Graf von Gabriel Dregels. 7% bis 10 (5.-).
Freitag, 25. Februar. * F 18 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1. St. Die Fiebermans. B.S.Gr. 7% bis 10% (7.-).
Samstag, 26. Februar. * E 17. Th.-Gem. 1301-1400. Einen Zug will er sich machen. 7½-10% (5.-).
Sonntag, 27. Februar. Nachmittags: 11. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Stüpfel 3-5% (3.-).
Abends: Außer Miete (erstes Vorrecht Miete E) Fastnacht-Cabaret 7-10 (8.-).
Montag, 28. Februar. Außer Miete (erstes Vorrecht Miete F) Fastnacht-Cabaret 7½-10% (8.-).

Dienstag, 1. März. Außer Miete (erstes Vorrecht Miete G) Fastnacht-Cabaret 7½-10% (8.-).
b) Im städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 20. Februar. * Stüpfel. 7% bis 10 (4.-).
Sonntag, 27. Februar. Keine Vorstellung wegen des Fastnacht-Cabarets im Landestheater.
Mundfunkstunde des Badischen Landestheaters: Freitag, den 25. Februar 6.15 Uhr.
Vorrecht. a) bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockheften jeweils ab Samstag nachmittags 3½ bis 6 Uhr.
b) bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9½-12 Uhr. — Die im Wochenplanplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.
c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.
Kartenvorverkauf. Vorverkaufsstelle des Landestheaters. Fernstr. 6288. An der Stadt: Hauptverkaufsstellen Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Badstraße, und Reisebüro Hermann Mehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Figarenhandlung Fr. Brumeri, Kaiserallee 29 und Kaufmann Karl Holzschuh, Berberplatz 48.

Geschäftliches

Der heutigen Nummer liegt die Gewinnliste der 3. Geldlotterie zur Erhaltung der Karlsburger Kirche zu Hochhausen bei, auf die wir unsere Leser aufmerksam machen.

COLOSSEUM Badische Lichtspiele

Täglich 8 Uhr
— Sonntags 4 und 8 Uhr —
Neuheit
Theater der fröhlichen Menschen
„Die bunte Tüte“
Ausstattungsstück in 16 Bildern 125
50 Mitwirkende 20 Girls

KONZERTHAUS

Heute abend 8¼ Uhr: **Letzter Vortrag**
Pater Rich. Schumm M. S. C.
Zwanzig Jahre unter Menschenfressern
Samstag, den 19. bis Mittwoch, den 23. Februar jeweils abends 8 Uhr
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
Sonntag, den 20. Februar nur 4 Uhr nachmittags
Erstaufführung
Wunderland des Nordens
Island! * Island!
Wüste am Meer
Kurische Nehrung!
Kreuzworträtsel Nr. 4 und Tintenmännchen
Klavierbegleitung * Klavierbegleitung
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr.
Preise: Mk. 0,60, 0,80, 1,-, 1,30, 1,60, 1,80
Ermäßigung wie üblich 156

25 1/2-jähriger tüchtiger Bankkassier

Abitur-Examen mit - Gut - bestanden, in Genossenschaft gelernt, langjährige, erfolgreiche Tätigkeit bei Genossenschaftsbank und Großbank, in allen Sparten des Bankfaches gründlich ausgebildet und erfahren, seit 3¼ Jahren Kassier und Stellvertreter des Leiters bei einer Genossenschaftsbank, erfahren in Hypotheken, Wechsel- und Personalcreditleistungen sowie in Revisionen, organisatorisch veranlagt, bilanzsicher, zielbewußt, energisch und vorwärtsstrebend, sehr leichte Auffassungsgabe und Anpassungsgabe sucht Stellung in Sparkasse. Sehr gute Zeugnisse und Referenzen vorhanden. Gest. Angebote unter G. 154 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

klein sind Ihre Ratzen
die Sie an uns zu entrichten haben, dass Sie Ihren Bedarf in
Herren-Damen-Jugend Sport-Bekleidung
unbedingt bei uns decken müssen
Beamten ohne jede Anzahlung
Auswahl wie in jedem Spezialgeschäft
Kaufe gleich Zahle später
Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.
Kronenstrasse 40 Karlsruhe Ecke Marktplatz

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Oeffentliche Sparkasse Galem.

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	10 238,73	1. Spareinlagen	361 937,88
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse	302 839,52	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	143 475,07
3. Wertpapiere	—	3. Sonstige Einlagen	159,62
4. Wechsel	15 325,87	4. Anlehens- und andere Schulden	89 760,99
5. Darlehen auf Hypotheken	20 810,—	5. Ausgaberrückstände	106,17
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	—	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	382 152,22	a) gesetzl. Reservefond	28 954,96
8. Darlehen an Gemeinden	—	b) Sonderrücklage	16 185,59
9. Einnahmerückstände	12 418,51	c) Aufwertungsstock	38 522,04
10. Grundstücke u. Gebäude	3,—	7. Reingewinn vom Jahre 1925	64 686,53
11. Geröffn. Kassen	1,—		
	743 788,85		743 788,85

Berechnung der Rücklage.
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus RM 361 937,88 Einlagen = RM 28 954,96
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1925 = RM 28 954,96
Somit mehr — weniger = RM —
Galem, den 20. Januar 1927. J.800
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
Sorg. Ambros.

Staatshandbuch für den Freistaat Baden
Herausgegeben vom Badischen Staatsministerium
Die neue Ausgabe erscheint in Kürze
Inhalt: Anhang:
Badische Verfassung Reichstagsabgeordnete
Landtag Reichsbehörden
Rechnungshof Reichsbank
Staatsministerium Deutsche Reichspost
Kompetenzgerichtshof Deutsche Reichsbahngesellschaft
Disziplinardhof Reichsfinanzverwaltung
Ministerium des Innern Reichsfinanzverwaltung und unterstellte Behörden
Ministerium der Justiz Reichsarchiv
Ministerium des Kultus und Unterrichts Reichsarchiv
Kirchen Hauptverwaltungsamt
Ministerium der Finanzen Verordnungsämter
jeweils mit den unterstellenden Behörden Reichswehr
und Anstalten Inhaltsverzeichnis Personenregister
Vorzugspreis für Bestellungen bis 28. Februar RM. 4.50 kartoniert, RM. 6.— in Ganzleinen gebunden, später teurer
G. Braun
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag G. m. b. H., Karlsruhe i. B.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit.
J.864. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Walter Schmitt, Verwalters in Karlsruhe, Kaiserstr. 15a, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Versteigerung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht bewertbaren Vermögensgegenstände sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen d. Verwalters Schlußtermin bestimmt auf: Mittwoch, den 9. März 1927, vorm. 9¼ Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, II. St., Zimmer Nr. 142, Karlsruhe, den 12. Febr. 1927.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A. 5.
J.861. Karlsruhe. In dem Konkurs über den Nachlaß des Kaufmanns

Gustav Müller in Karlsruhe, Schillerstr. 56, soll die Schlußverteilung erfolgen, dazu sind RM. 672,71 verfügbar. Zu berücksichtigen sind bevorrechtigte Forderungen im Gesamtbetrag von RM. 1601,20. Die gewöhnlichen Konkursforderungen im Betrage von RM. 5 408,95 fallen aus. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei A 4 des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht auf.
Karlsruhe, 14. Febr. 27.
Der Konkursverwalter: Carl Nagel.

J.862. Billingen. Im Konkursverfahren des Wäldermeisters Alfred Rosenfelder in Unterfirmach ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderung bestimmt auf:
Freitag, den 11. März 1927, vorm. 10 Uhr, im Amtsgericht Billingen II. Zimmer Nr. 11, Billingen, den 10. 2. 27.
Amtsgericht II.

Güterrechtsregister.
Karlsruhe. J.865
Güterrechtsregister-einträge.
1. Band XI, Seite 384: Roth, Robert, Zimmermann, Viehdolheim und Friederike geb. Roth, Vertrag vom 26. Jan. 1927. Gütertrennung. 4. 2. 1927.
2. Seite 385: Desterle, Karl Friedrich, Ingenieur Karlsruhe, und Elisabeth geb. Wipfler, Vertrag v. 2. Febr. 1927. Gütertrennung. 7. 2. 1927.
3. Seite 386: Flinsbach, Friedrich, Schneidermeister, Karlsruhe, und Käthen geb. Durb, Vertrag vom 27. Jan. 1927. Gütertrennung. 7. 2. 1927.
4. Seite 387: Reiffel, Willi, Diplom-Ingenieur, Karlsruhe, und Gertrud geb. Kammerer, Vertrag vom 1. Febr. 1927. Gütertrennung. 8. 2. 1927.
5. Seite 388: Hartmann, Eugen, Schlosser und Chauffeur, Amelingen u. Silda geb. Weber, Vertrag vom 1. Febr. 1927. Gütertrennung. 8. 2. 1927.
6. Seite 389: Feiler, Karl Hermann, Architekt, Karlsruhe, u. Anna Dorthea geb. Wittenbecher, Vertrag vom 4. Febr. 1927. Gütertrennung. 9. 2. 1927.
7. Seite 390: Billighei-

Badisches Landestheater
Samstag, 19. Febr. 1927
* B 17 Th.-Gem. 601-700 und 1001-1100
Einen Zug will er sich machen
von Nestroy
In Szene gesetzt von Feliz Baumbach
Musikal. Leitung: F. Krips
Rangier Hofbauer
Marie Hofst
Weinberl Moebke
Christophel Rabemacher
Kraus Schneider
Gertrud Mädel
Melchior Herz
Sonderb Leitzel
Huber Müller
Madame Anorr Genet
von Fischer Clement
Blumenblatt
Frauendorfer
Philippine Bernsdorff
Brunniger v. d. Tend
Lifette Meel
Hausmeister Prüter
Lohnkutscher Wehner
Wächter Wehner
Rab Bock
Kellner Gemmeke
Graf
Anfang 7½ Ende 10¼
I. Sperrstich 5.— Mk.
So. 20. Febr. nachmittags
Die Puppenfee — Klein
Idas Blumen
abends: Die Fiebermans
Konzerthaus: Stüpfel
No. 21. Febr. Dover-Calais

Resi-denz Lichtspiele
Waldstraße 78
Ben Hur